

Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen

AKTUELL

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI)

24 Juni 2013

Proteste gegen die Regierung in der Türkei - Eine Zwischenbilanz -

Mit dem vorliegenden Papier leistet das ZfTI eine erste Einschätzung der aktuellen Proteste gegen die AKP-Regierung in der Türkei, die ihren Anfang im Istanbuler Gezi-Park genommen hatten und sich schließlich auf das gesamte Land und darüber hinaus ausweiteten. Wir umreißen den Charakter der Proteste und verorten sie im politischen Koordinatensystem der Türkei, diskutieren kurz, in welchem Verhältnis die Proteste zu einem eventuell gewandelten politischen Stil der amtierenden Regierung stehen und deuten mögliche politische Folgen der Proteste an.

Ausgangspunkt Gezi-Park

Mit dem Erstarken der AKP wurde im politischen Machtgefüge der Türkei sichtbar, dass eine neue, ursprünglich im Kern nicht-städtische Elite den Dominanzanspruch der kemalistisch orientierten, über Jahrzehnte etablierten Oberschicht in Frage stellte. Wir waren seit der Regierungsübernahme der AKP Zeugen eines Elitenwechsels, und in diesem Umstand liegt ein beträchtliches gesellschaftliches Spaltungs-

potenzial politischen Handelns. Der gesellschaftliche Interessenausgleich steht heute hinter Ressourcen- und Deutungskämpfen zurück, die eng mit der Sozialstruktur einschließlich dem Stadt-Land-Gegensatz und dem Widerspruch zwischen Islam und Laizismus verbunden sind.

Die nun in die vierte Woche gehenden Proteste, die ursprünglich vom Widerstand gegen die Bebauung des Istanbuler Gezi-Parks ausgegangen waren, können zunächst als Symptome dieser Spaltung der türkischen Gesellschaft gelesen werden. Diese wurde von der AKP-geführten Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und insbesondere durch den Ministerpräsidenten selbst deutlich vertieft, der auf Konfrontation statt auf Ausgleich setzte. Die öffentliche Mobilisierung hunderttausender eigener Anhänger auf Parteikundgebungen anstatt der Vermittlung zwischen Regierung und Demonstranten illustriert dies ebenso wie der Einsatz von massiver Polizeigewalt und die Verhöhnung und Verunglimpfung der Demonstranten. Nicht zuletzt diese Reaktion Erdoğan's führte zu einer schicht- und parteiübergrei-

fenden Ausweitung der Proteste, die sich nun auch gegen die als autoritär wahrgenommene Regierungspolitik und die Beschränkung individueller Freiheiten wenden.

Möglicherweise weisen die Proteste aber auch über etablierte politische Gegensätze am Bosphorus hinaus. Die Formierung der Protestbewegung ist - und auch nur in dieser Hinsicht scheint es zulässig, Parallelen zum "Arabischen Frühling" zu ziehen - in hohem Maße durch soziale Netzwerke und Neue Medien katalysiert, die auch eine transnationale Qualität der Bewegung begünstigt haben, indem türkische Diaspora-Communities sich in beträchtlichem Umfang mit den Anliegen der Demonstranten solidarisieren.

Die Versuche der Regierung, die Protestbewegung mit unverhältnismäßigem Polizeieinsatz gewaltsam niederzuschlagen, offenbaren nicht nur ein Demokratiedefizit, sondern auch einen Mangel in der politischen Kultur einschließlich fehlender Achtung von Grundrechten. Dabei bestätigen die Vorgänge die in den vergangenen Jahren von europäischen

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

Beobachtern immer wieder vertretene Auffassung, dass die Entwicklung einer funktionierenden Zivilgesellschaft entscheidend für die weitere Demokratisierung im Sinne der Entwicklung zu echtem gesellschaftlichem Pluralismus in der Türkei ist (siehe zu dieser Debatte den aktuellen Beitrag von Anil Al-Rebholz: "Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei", 2012). Die Existenz von Zivilgesellschaften und ihr Einbezug in den politischen Interessenausgleich ist entscheidend dafür, dass Demokratien nicht zur "Tyrannei der Mehrheit" über die Minderheit verkommen. In diesem Sinne bestätigt die aktuelle Situation in der Türkei die fast 200 Jahre alten Überlegungen Alexis de Tocquevilles ("Über die Demokratie in Amerika", 1835/1840). Der Kampf um mehr Partizipation findet dabei abseits eingeübter Parteienkonkurrenz statt.

Autoritarismus in der 3. Amtszeit Erdoğan's

Trotz dieser neuen Qualität der Protestbewegung ist sie von den angesprochenen politisch-soziologischen Grundkonflikten der Türkei nicht unberührt, was einer adäquaten Einschätzung der Situation durch den Beobachter nicht förderlich ist und auch selektive Wahrnehmungen europäischer Betrachter fördern mag. So könnte AKP-Anhänger in der Türkei die Sympathie der europäischen Öffentlichkeit für die Umweltaktivisten im Gezi-Park und ihre Wahrnehmung als Speerspitze einer neuen De-

mokratiebewegung befremden - hatte doch eben die AKP-Regierung in den ersten beiden Legislaturperioden eine Demokratisierung der Türkei in über Jahrzehnte nicht denkbarem Umfang betrieben: Mit Erdoğan hatte zum ersten Mal eine demokratisch gewählte Regierung Konflikte mit der Armee durchgestanden. Der von der Armee dominierte Sicherheitsrat, eine Art Überregierung, wurde reformiert und der Einfluss des Militärs wurde eingeschränkt. Zum ersten Mal kamen Aktivitäten des Militärs vor Gericht. Der Versuch eines kemalistischen Justizputsches gegen die gewählte Regierung scheiterte. Die kurdische Sprache, lange Zeit verboten, wird heute in einem staatlichen Fernsehkanal gesprochen. Das tabuisierte Thema Vernichtung der Armenier im Ersten Weltkrieg wurde öffentlichkeitsfähig. Journalisten, Schriftsteller, Professoren und viele andere Bürger äußerten vermehrt abweichende Meinungen, selbst wenn dies oft noch mit Gefahr verbunden war, wie der Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink zeigte.

Inwiefern zeichnet sich die dritte Amtszeit Erdoğan's nun durch einen Schwenk zum Autoritarismus aus und wie zutreffend ist der Vorwurf der Protestbewegung, die Propagierung des Islams sei inzwischen weniger als Beitrag zur gesellschaftlichen Vielfalt denn als Durchsetzung eines religiösen Dominanzanspruchs zu verstehen? Im vergangenen Jahrzehnt wurde die Rehabilitierung des Islams im öffentlichen Leben, deren Markstein die Aufhebung des Kopftuchver-

bots an Hochschulen durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2008 war (womit faktisch auch kopftuchtragenden Frauen eine Hochschulbildung ermöglicht und ein Jahrzehnte dauernder Konflikt beigelegt wurde), zumeist noch als Beitrag zur Erweiterung der individuellen Religionsfreiheit, zur Befriedung gesellschaftlicher Konflikte und zu einer Normalisierung des Verhältnisses von Religion und Staat gedeutet.

Heute nutzt die AKP ihre komfortable absolute Mehrheit im Parlament und die damit verbundenen gesetzgeberischen Gestaltungsmöglichkeiten ohne wesentliche Einbeziehung der Opposition tatsächlich vermehrt dazu, das Land unter religiösen Vorzeichen umzugestalten. Sie schadet damit der gesellschaftlichen Pluralität und individuellen Selbstentfaltung. Sie gibt die Inhalte des "guten Lebens" vor anstatt, wie in einer modernen Ethik unerlässlich, diese dem mündigen Bürger selber bestimmen und konsensual finden zu lassen. Deutlich wird dies in der zunehmenden Legitimation von Gesetzen durch religiöse Vorschriften. Hier zu nennen sind etwa die Neuregelung der bisher eher liberal geregelten Abtreibung, eingeschränkter Alkoholausschank und moralisierende Jugendschutzgesetze, was von vielen als Eingriff in ihren Lebensstil und Beschränkung der individuellen Freiheit verstanden wird. Das Schulsystem wurde in der dritten Amtszeit Erdoğan's u. a. dahingehend reformiert, dass neben dem Pflichtfach Religion drei neue Wahlfächer - Koran, Arabisch und "Leben des Propheten Mohammed" - eingeführt wurden und

Predigerschulen eine Aufwertung erfahren.

Zugleich wurde die Presse- und Meinungsfreiheit immer stärker eingeschränkt. Inzwischen sind nach Angaben von "Reporter ohne Grenzen" über 100 Journalisten in der Türkei inhaftiert. Die Verfahren wegen Verschwörung, die ihren Ausgangspunkt im Ergenekon-Prozess genommen hatten, sind zwischenzeitlich vollkommen ausgeföhrt: Zahlreiche Militärs und Geheimdienstler, aber auch Schriftsteller, Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Unternehmer, Richter und Anwälte wurden auf der Grundlage abstrakter und weit auslegungsfähiger Anti-Terror-Gesetze verhaftet. Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und dem Funktionieren der Gewaltenteilung begleiteten diese Prozesse. Das Verhalten der türkischen Medien in den ersten Tagen der aktuellen Proteste unterstreicht die Probleme der Pressefreiheit in der Türkei, indem eine Gleichschaltung der Berichterstattung fortzubestehen scheint. Diese ist subtiler organisiert als zu Zeiten des Kemalismus und ist weniger über direkte Repressionen vermittelt; vielmehr ist nun die Angst der oft mit großen Unternehmenskonglomeraten zusammenhängenden Mediengruppen vor wirtschaftlichen Nachteilen bei ausbleibendem Wohlverhalten gegenüber der Regierung die treibende Kraft.

In der dritten Legislaturperiode sind auch parteiintern in der AKP kritische Stimmen verstummt. Hinzu kommt ein als zunehmend überheblich und wirklichkeitsfern empfundener politischer Führungsstil des Ministerpräsidenten, der mit einer aggressiven und nicht selten herablassenden Rhetorik einher geht. Eine Bezugnahme

auf das klassische Werk Robert Michels' zur Parteienentwicklung ("Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie", 1911) und sein "Ehernes Gesetz der Oligarchie", das u. a. eine wachsende Selbstbezogenheit von Parteien mit zunehmender Lebensdauer bedeutet, drängt sich hier auf.

Erdoğan hat es zudem verstanden, die Macht in seinem Amt derart zu konzentrieren, dass er administrative Zuständigkeiten umgeht. Großprojekte wie die Umgestaltung des zentralen und freien Taksim-Platzes einschließlich des Gezi-Parks - eine der wenigen grünen Inseln in der Innenstadt - in eine erweiterte Einkaufs- und Fußgängerzone, der Bau des größten Flughafens der Welt in Istanbul und der dritten Bosphorusbrücke, die beide vor allem wegen umfangreicher Abholzungen und letzteres zusätzlich aufgrund der geplanten Namensgebung nach einem Sultan, der für ein Massaker an Aleviten verantwortlich gemacht wird, umstritten sind, der Kanalbau in Istanbul, der Bau der weltgrößten Moschee und die weiteren rasanten urbanen baulichen Veränderungen erscheinen als direkte Äußerung von Erdoğan's persönlicher Vorstellung wirtschaftlicher Modernisierung und einer erstarkten Türkei, die wenig Rücksicht auf Mensch und Umwelt nimmt. Auch der Bau von zwei Atomkraftwerken wurde durch die Regierung ohne einen parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskussionsprozess im Alleingang entschieden.

Nicht vergessen werden darf das Bestreben Erdoğan's, im Zuge der geplanten Verfassungsreform ein Präsidialsystem zu installieren, das dem Präsidentenamt - das er nach Ende der Legislaturperiode

anstrebt - wesentlich größere Machtfülle zukommen lassen würde als bisher.

Es gibt damit gute Argumente für eine neue, durch Autoritarismus gekennzeichnete und sich von den beiden ersten Legislaturperioden unterscheidende Qualität der türkischen Regierungspolitik in der dritten Amtszeit Erdoğan's. Als Korrektiv einer autokratischen Regierung fehlen eine starke Opposition im Parlament sowie eine unabhängige Justiz und eine freie und selbstbewusste Presse. Die im Gezi-Park begonnene Protestwelle ist weit mehr als der Ausdruck von im Kontext der Elitenkonkurrenz in der Türkei virulenten gesellschaftlichen Konflikten - es scheint tatsächlich um eine Auseinandersetzung zwischen Zivilgesellschaft und autokratisch auftretender Staatlichkeit zu gehen. Nach einer Erhebung des Konda-Umfrage- und Beratungsunternehmens unter 4.411 Demonstrationsteilnehmern aus dem Gezi-Park haben sich 49% von ihnen erst im Angesicht der Polizeigewalt den Protestierern angeschlossen, lediglich 10% waren von Beginn an dabei.

Politische Folgen der Proteste

Implizite Agenda der Regierung Erdoğan war zunächst die Einigung des Vielvölkerstaates Türkei unter dem Schirm religiöser Werte als Gegenentwurf zum kemalistischen Nationalismusprinzip. Dieser Ansatz hatte der Regierung auch in der Kurdenpolitik neuen Bewegungsspielraum verschafft und lange Zeit verbanden sich mit der AKP in breiten Bevölkerungsteilen, auch jenseits ihrer direkten Anhängerschaft, große

Hoffnungen auf einen politischen Neuanfang und das Aufbrechen jahrzehntelanger Verkrustungen. Die gegenwärtigen landesweiten Demonstrationen gegen Teilhabedefizite und gegen die Beschränkung politischer und individueller Freiheiten stellen diese Agenda nunmehr nachdrücklich in Frage, zumindest in der Prägung durch den amtierenden Ministerpräsidenten. Die Pläne Erdoğan's zum Umbau des politischen Systems in Richtung einer Präsidialdemokratie werden von dem nun im Land deutlich werdenden Widerstand gegen sein Streben nach immer mehr Machtfülle ebenfalls nicht unberührt bleiben.

Zugleich erlebt die Türkei die Entstehung einer parteiübergreifenden Bürgerbewegung, die sich in erster Linie aus der Jugend rekrutiert. Laut einer Blitzumfrage der Bilgi-Universität sind 39,6% der Demonstranten zwischen 19 und 25 Jahre alt und weitere 24% zwischen 26 und 30 Jahre. 53,7% haben bisher noch nie an Demonstrationen teilgenommen und ganze 70% fühlen sich keiner politischen Partei nahe. Unterdessen formieren sich landesweit selbstorganisierte öffentliche Diskussionsforen, aus denen neue politisch-zivilgesellschaftliche Akteure hervorgehen mögen, deren Legitimität und politische Wirkung davon abhängen wird, inwieweit sie sich vor Unterwanderung durch radikale und andere Gruppen mit verschleierte politischer Agenda schützen können.

Eine solche mögliche "Unterwanderung" kann auch eine außenpolitische Dimension haben, etwa mit Blick auf den Syrien-Konflikt und die Unterstützung der dortigen Rebellen durch die türkische Regierung, die in der Türkei als nicht mehrheitsfähig eingeschätzt wird. Insofern könnte das syrische Regime versucht sein, über die Protestbewegung in seinem Sinne Einfluss zu nehmen. Analog könnte auch die Intransparenz, die in der türkischen Bevölkerung hinsichtlich der laufenden Verhandlungen zwischen PKK und Regierung empfunden wird, ein Anknüpfungspunkt für die Artikulation türkisch-nationalistischer Interessen im

Rahmen der Anti-AKP-Demonstrationen sein.

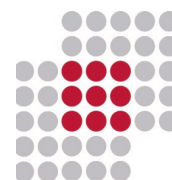
Die Proteste gegen die AKP-Regierung verdeutlichen, dass sich Staaten zunehmend nicht nur national gerahmten, sondern auch grenzüberschreitenden Zivilgesellschaften gegenübersehen - die, wie im Falle der Türkei, speziell durch Migration entstehen. Diese transnationalen Zivilgesellschaften erscheinen als immer bedeutender werdende Akteure im politischen Kräftespiel, die ihrerseits Einfluss auf nationale, internationale und supranationale Strukturen nehmen können (jüngst herausgearbeitet durch Ludger Pries und Zeynep Sezgin: "Cross Border Migrant Organizations in Comparative Perspective, 2012, die Ergebnisse einer internationalen VW-Studiengruppe unter Beteiligung des ZfTI). Die große Kundgebung in Köln am 22.06. unter Beteiligung auch deutscher Politiker illustriert diese Entwicklung.

Der EU-Annäherung der Türkei hat die aktuelle Entwicklung zunächst klar geschadet. Dabei könnte die sich in den Protesten andeutende Möglichkeit einer pluralen Demokratie und einer erstarkten Zivilgesellschaft in der Türkei die EU ebenso ermuntern, diese Prozesse zu fördern und mitzugestalten, denn schließlich haben die Proteste gezeigt, wie sehr ein großer Teil der Bevölkerung demokratische Werte verinnerlicht hat und sich daher, angesichts der wahrgenommenen Diskrepanz zur Wirklichkeit in der Türkei, politisch artikuliert.

Diese Chance sollte die EU wahrnehmen, ohne dabei über die Verletzung von Standards der Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit hinwegzusehen, was in jedem Fall ein schwieriger Balanceakt bleiben wird. Es ist zu hoffen, dass die Spannungen zwischen der Regierung und den Protestierenden sich als Geburtswehen einer neuen politischen Kultur erweisen werden, die nicht die "Tyrannei der Mehrheit", sondern den politischen Interessenausgleich begünstigt und die sich in den politischen Strukturen versteigt.

Autor: Caner Aver

Mitarbeit: Dirk Halm



Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung
Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı
Institut an der
Universität Duisburg-Essen

Kuratorium

Vorsitzender

Minister **Guntram Schneider**, MAIS NRW

Stellv. Vorsitzender

Staatssekretär **Helmut Dockter**, MIWF NRW

Mitglieder

Britta Altenkamp, MdL/SPD; **Peter Anders**, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; **Anne Katrin Bohle**, MBWSV NRW; **Andreas Bomheuer**, Stadt Essen; **Karl-Uwe Bütof**, MBWSV NRW; **Regina van Dinther**, MdL/CDU; **Serap Güler**, MdL/CDU; **Dieter Hillebrand**, DGB-MEO; **Prof. Dr. Osman Isfen**, Ruhr-Universität Bochum; **Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu**, Freudenberg-Stiftung; **Tayfun Keltek**, LAGA NRW; **Prof. Recep Keskin**, ATIAD; **Prof. Dr. Ute Klammer**, Universität Duisburg-Essen; **Lukas Lamla**, MdL/Piraten; **Reiner Nolten**, Westdeutscher Handwerkskammertag; **Leyla Özmal**, Stadt Duisburg; **Dr. Beate Scheffler**, Schulministerium NRW; **Michael Schwarz**, Stiftung Mercator; **Aslı Sevindim**, WDR; **Dr. Joachim Stamp**, MdL/FDP; **Prof. Dr. Rita Süßmuth**, Bundtagspräsidentin a.D.; **Jürgen Thiele**, Staatskanzlei NRW; **Arif Ünal**, MdL/Bündnis 90/Die Grünen; **Dr. Michael Vesper**, DOSB; **Serdar Yüksel**, MdL/SPD; **Prof. Dr. Christoph Zöpel**, Staatsminister a.D.

Vorstand

Wolfram Kuschke, Vorsitzender
Thomas Kufen, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Andreas Blätte

Wissenschaftlicher Direktor:

Prof. Dr. **Hacı-Halil Uslucan**

Geschäftsführer:

Dr. **Andreas Goldberg**

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

Altendorfer Str. 3
45127 Essen

Telefon: 0201-3198-0
Fax: 0201-3198-333
E-Mail: zfti@zfti.de
www.zfti.de

V.i.S.d.P: **Dr. Andreas Goldberg**

Gestaltung: Cem Şentürk

Konzept: Mustafa Şentürk